

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am
07.06.2006

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr
Ort: Raum 6046

Anwesenheit

Vorsitzender

Gajek, Silke BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Hubert, Rudolf

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Brill, Peter Die Linkspartei.PDS

ordentliche Mitglieder

Hoffmann, Karin CDU
Littwin, Thomas
Maier, Elke
Meslien, Daniel SPD
Mielke, Axel
Munzert, Thomas CDU
Nolte, Stephan CDU
Redmann, Irene SPD
Ruppenthal, Thomas
Schmidt, Stefan Die Linkspartei.PDS

stellvertretende Mitglieder

Höldke, Sylvia
Kowalk, Peter CDU
Szymik, Jan Unabhängige Bürger

beratende Mitglieder

Kuhlen, Andrea

Verwaltung

Seifert, Heike

Schriftführer

Beck, Sibylle

Leitung: Silke Gajek

Schriftführer:

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Kontrolle der Sitzungsniederschrift der 27. Sitzung vom 05.04.2006
2. Mitteilungen der Verwaltung
3. Bericht aus der Steuerungsgruppe Jugendhilfe
4. Auswertung der Klausurtagung vom 12.05-13.05.2006 in Hohen Woos
5. Übersicht Budgetkontrolle
6. Einheitlicher städtischer Zuschuss für die Kindertagesbetreuung in Schwerin ab 2007
Vorlage: 01079/2006
7. Schulsozialarbeit an der Regionalschule "Erich Weinert"
Vorlage: 00902/2005
8. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Kontrolle der Sitzungsniederschrift der 27. Sitzung vom 05.04.2006**

Bemerkungen:

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Hubert begrüßt die anwesenden Mitglieder und die Gäste. Er stellt die Beschlussfähigkeit und die form- und fristgerechte Ladung fest. Die Tagesordnung wurde mit folgender Ergänzung bestätigt:

- Unter Top 8 Sonstiges Anfragen zum Strategiepapier und zur Schulnetzplanung zu behandeln.

Frau Gajek übernimmt die Leitung des Ausschusses.

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift der 26. Sitzung vom 05.04.2006 wurde bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Frau Seifert gibt die Mitteilungen der Verwaltung:

1. Im Bereich Hilfen zur Erziehung wurden und werden die Jahresgespräche mit dem Ziel, eine Verständigung zwischen öffentlichen und freien Träger herzustellen. Dies soll unabhängig vom Einzelfall und trägerspezifisch erfolgen sowie der Einschätzung der Arbeitsebene, der partnerschaftlichen Zusammenarbeit und der Absprache von Vorhaben für das kommende Jahr dienen.
2. Im Bereich Dienste der JH nach SGB VIII wurden die vorläufigen Verträge „Schutzaufträge bei Kindeswohlgefährdung“ nach Abstimmung mit der Steuerungsgruppe verschickt.
3. Zu den Leistungsverträgen Kita tagt die Schiedsstelle am 23.06.06
4. Den Antrag der SPD-Fraktion zur Schulschwänzerei betreffend, hat es im Staatlichen Schulamt zum Meldeverfahren ein konstruktives Gespräch gegeben. Der Meldebogen wurde abgestimmt und liegt in den Schulen vor. Das Verfahren wird erprobt und am 11.09.06 wird es eine erste Auswertung mit den Schulräten, am 26.09. mit allen Schulleitern geben, um die Zusammenarbeit konkreter zu vereinbaren.
5. Zum Programm „Schule plus“ wird das Papier verteilt, Fragen dazu können auf der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Herr Munzert kommt um 17.20 Uhr. Um 17.25 Uhr kommen Herr Szymik, Herr Nolte, Herr Schmidt und Herr Meslien.

zu 3 **Bericht aus der Steuerungsgruppe Jugendhilfe**

Beschluss:

Frau Seifert gibt den Bericht aus der Steuerungsgruppe. Am 26.4. 2006 fand im Rathaus die Auftaktveranstaltung „Bündnis für Familien“, organisiert von LOS unter Beteiligung von Politik, Verwaltung, Wirtschaftsverbänden, der IHK u.a., mit einem Fachvortrag zur Vereinbarung von Familie und Beruf statt. Die Stelle des Managers „Lokales Bündnis“ ist bei des Caritas mit 18 Stunden angesiedelt, zunächst bis 30.06.06 befristet und über LOS finanziert.

Zum Workshop zur Kindeswohlgefährdung Ende September wird eine kleine Arbeitsgruppe gebildet, die das Konzept erarbeiten wird, das dann dem JHA vorgestellt wird.

Zum Thema „Evaluation zu den neuen Finanzierungsmodellen“ hat die Verwaltung den Trägern einen umfassenden Berichtsentwurf zur Verfügung

gestellt. Die inhaltliche Diskussion mit öffentlichem Träger und freien Trägern wird geführt, in der Unterarbeitsgruppe dann im September und im JHA in der Sitzung im Oktober behandelt.

zu 4

Auswertung der Klausurtagung vom 12.05-13.05.2006 in Hohen Woos

Bemerkungen:

Frau Gajek berichtet über den Verlauf der Klausurtagung und benennt die wichtigsten Diskussionspunkte:

- Am 1. Tag erläuterte Frau Thoms von der Kämmerei den Haushaltsplan. Für 2006 kann für kurzfristige Projekte eine Auszahlung nur bei drohender Schließung erfolgen.
- Frau Corbie sprach zu außerplanmäßigen Ausgaben und zur monatlichen Budgetkontrolle. Je nach Haushaltslage sind zunächst nur 80% freigegeben. Zum Stellenplan können aus den Fachausschüssen und den Fraktionen Vorschläge gemacht werden.
- Am 2. Tag hielt Frau Seifert einen Fachvortrag zum Thema Zweigliedrigkeit des Jugendamtes, der besonderen Rolle des JHA und der Optionsmöglichkeit (Antragstellung) im Zuge der Verwaltungsreform. Damit die Vorsitzende oder der Stellvertreter des JHA an der Sitzung des Hauptausschusses teilnehmen können, wäre eine Satzungsänderung erforderlich.
- Wenn Befangenheit bei Interessenkonflikt vorliegt, sollte im JHA nicht mit abgestimmt werden.
- Zur Umsetzung des Strategiepapiers wurde angeregt, eine erste Bestandsanalyse für den Großen Dreesch vorzunehmen. Unter dem Thema „Leben auf dem Dreesch“ sollten die politischen Vertreter des JHA mit den Aktiven vor Ort (Polizei, Sozialarbeiter sowie Schule) ins Gespräch kommen. Ggf. kann die Stadtvertretung über die Ergebnisse informiert werden.

Frau Gajek machte dem JHA daraufhin drei Vorschläge, die diskutiert wurden:

1. Kreisgebietsreform – Jugendhilfe in Schwerin

Die Vorsitzende wird in Vertretung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfeausschuss als zweiter Teil des Jugendamtes) zu sämtlichen jugendhilferlevanten Gesprächen in Bezug auf die Kreisgebietsreform eingeladen. Begründung: Der JHA sollte sich parallel und vor allem frühzeitig mit dem Sachverhalt auseinandersetzen, ob Schwerin einen Antrag auf ein eigenes Jugendamt stellen wird. Dazu sollte zur fachlichen Auseinandersetzung der Unterausschuss genutzt werden.

Ergebnis: Ein Unterausschuss ist dazu nicht nötig. Die Amtsleiterin informiert den Jugendhilfeausschuss über die getätigten Gespräche und vereinbarten

Ergebnisse: Der JHA wird dann bei Bedarf zum Thema tagen.

2. Stellenplan

In Vorbereitung des Haushalts 2007 muss der Stellenplan frühzeitig in die Diskussion einbezogen werden. Da die Materie an sich als sehr komplex eingeschätzt wird, sollte der Unterausschuss hier ein fachliches Votum erarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss zum Beschluss vorlegen. Dieser geht dann an den Hauptausschuss.

Ergebnisse: Im Rahmen der Haushaltsdebatte sollten die Beratungen zum Stellenplan für 2007 frühzeitig erfolgen.

3. Änderung der Hauptsatzung:

Die Vorsitzende bzw. in Vertretung die Stellvertreter werden ab sofort beratendes Mitglied im Hauptausschuss, dafür wäre die Hauptsatzung zu ändern.

Begründung:

In der Vergangenheit ist es mehrfach vorgekommen, dass Themen, die auch die Jugendhilfe betreffen, nicht in den Ausschuss verwiesen wurden. Zum anderen

ist es günstig, wenn jugendhilferelevante Themen diskutiert werden, dass auch der Jugendhilfeausschuss als zweiter Teil des Jugendamtes zugegen ist. Es sei nochmals auf die Einmaligkeit des JHA hingewiesen: Er ist neben dem Hauptausschuss der einzig beschließende Fachausschuss.

Ergebnisse: Zur beratenden Mitgliedschaft, auch zum generellen Rederecht, des JHA im Hauptausschuss wird ein Prüfantrag an die Rechtsabteilung gestellt.

Darüber wird auf der nächsten Sitzung berichtet.

Folgende Schwerpunkte sind das Ergebnis der Diskussion:

Die Verwaltung wird zur Thematik eigenständiges Jugendamt ja oder nein eine Projektskizze erarbeiten und diese dem JHA vorlegen. Die UA JH-Planung wird sich sodann inhaltlich mit der Thematik befassen. Der JHA befürwortet, dass in die Beratungen der Verwaltung die Ausschussvorsitzenden eingebunden werden.

In einer Sitzung. Im Rahmen der Haushaltsdebatte sollten die Beratungen zum Stellenplan für 2007 frühzeitig erfolgen. Zur beratenden Mitgliedschaft, auch zum generellen Rederecht, des JHA im Hauptausschuss wird ein Prüfantrag an die Rechtsabteilung gestellt. Darüber wird auf der nächsten Sitzung berichtet.

zu 5 **Übersicht Budgetkontrolle**

Bemerkungen:

Frau Seifert benannte folgende Bereiche:

- Der Bereich Kinder- und Jugendarbeit ist durch die Verträge planbar.
- Im Bereich Hilfen zur Erziehung sind die Aussagen identisch mit den im März/april getroffenen: In der stationäre Unterbringung im UA 4557 werden durch gestiegene Fallzahlen in der Inobhutnahme Mehrausgaben entstehen. In der Eingliederungshilfe im UA 4560 gibt es derzeit weniger Fälle im pflichtigen Bereich.
- Im Bereich Kita, Ermäßigungstatbestände, wird das Signal gegeben, dass der Haushaltansatz nicht reichen könnte. Im Bereich der Leistungsentgelte sind die Einsparungen bereits berücksichtigt.

Künftig sind auch die Ausgaben für Gemeinwesenarbeit und Koordination Stadtteilarbeit im UA 4515 (bisher im UA 2000) darzustellen.

zu 6 **Einheitlicher städtischer Zuschuss für die Kindertagesbetreuung in Schwerin ab 2007**

Vorlage: 01079/2006

Bemerkungen:

Herr Szymik erklärt, der Antrag entspricht der Suche nach einem Weg, wie die vom Bund angestrebten kostenlosen Kita- Plätze zu sichern sind. Die grafische Darstellung zum Antrag lag den Mitgliedern nicht vor.

In der Diskussion werden folgende Fragen beantwortet:

- Ist die Regelung konform mit dem Gesetz? Ja, denn dort ist ein Regelanteil von mindestens 50% festgeschrieben. Die von der STV beschlossene Satzung sieht einen Anteil i.H.v. 50% vor. Die Folge des Antrags wäre aber ein Anteil von mehr als 50%, also müsste die Satzung verändert werden.
- Frau Seifert sagt zu den finanziellen Auswirkungen für die Stadt, dass nach den Berechnungen der Verwaltung Mehrausgaben i.H.v. ca. 1 Million fällig wären, die über Einsparungen bei Ermäßigungen nicht aufzufangen sind.

Die Vorsitzende fordert zur Abstimmung darüber auf, ob die Entscheidung über den Antrag vertagt werden soll. Nachdem dies abgelehnt wird, wird zur Abstimmung über den Antrag wie vorliegend aufgefordert.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung über eine Vertagung:

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: 7

Enthaltung: 0

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag:

Ja-Stimmen: 3

Nein-Stimmen: 8

Enthaltung: 3

zu 7

Schulsozialarbeit an der Regionalschule "Erich Weinert"

Vorlage: 00902/2005

Bemerkungen:

Herr Nolte erläutert den Antrag der CDU- Fraktion.

Frau Seifert ergänzt, warum der Antrag ein 2. Mal auf der Tagesordnung steht.

Es gab durch den Hauptausschuss den Auftrag, dass die Verwaltung zu prüfen hat, aus welchen Geldern die Schulsozialarbeit bezahlt werden soll

Auf der vorletzten Sitzung den Hauptausschuss wurde über die Gespräche mit den Trägern und über die Bereitstellung von Mitteln i.H.v. 12.500 € für 2006 und für 2007 i.H.v. 30.000 € informiert. Die Verwaltung schlägt zur Deckung 2006 vor, die Mittel aus der Haushaltstelle kurzfristige Projekte zu verwenden, für 2007 müssten die Mittel in der Planung berücksichtigt werden.

In der Diskussion wurden folgende Argumente benannt:

- Die Planbarkeit der Stelle müsste für 2-3 Jahre sichergestellt werden. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass alle Schulsozialarbeiter nur 0,75 VbE arbeiten. Der Antragsteller übernimmt die Formulierung.
- Der bestehende Zusammenhang zwischen Schulnetzplanung und Schulsozialarbeit macht es notwendig, dass der JHA am SEP beteiligt wird.
- Herr Nolte schlägt vor, dass die Finanzierung 2006, wie im Verwaltungsvorschlag benannt und zwar aus den kurzfristigen Projekten erfolgen sollte.
- Herr Hubert wertet positiv, dass die Wertigkeit von Schulsozialarbeit vom gesamten JHA herausgestellt wird. Er gibt zu bedenken, dass eine Verwendung der Mittel kurzfristige Projekte eine Aufhebung des vom JHA beschlossenen Strategiepapiers erforderlich macht. Über das Budget Jugendhilfe kann keine Deckung erfolgen. Er schlägt deshalb vor, parteiübergreifend eine außerplanmäßige Ausgabe zu beantragen.
- Herr Brill wies darauf hin, in Ergänzung zu Herrn Huberts Hinweis, dass das Strategiepapier zur Jugendarbeit nicht nur vom JHA, sondern von der Stadtvertretung beschlossen wurde.
- Der große Bedarf an Schulsozialarbeit an der Erich- Weinert- Schule wird besonders vor dem Hintergrund des hohen Anteils von Migrantenkinder gesehen.

Die Mitglieder des JHA sprechen sich gegen den Verwaltungsvorschlag aus. Die Fraktion der CDU beantragt eine Auszeit von 19.10 Uhr bis 19:20 Uhr. Es bleibt bei dem Antrag in seiner bisherigen Formulierung. Die Ausschussvorsitzende forderte zur Abstimmung auf. Auf Antrag der PDS-Fraktion wird die Abstimmung zurückgenommen. Es wird erneut darüber abgestimmt, ob der Antrag geändert werden soll.

Herr Brill stellt für die PDS- Fraktion den Änderungsantrag, dem sich Herr Meslien für die SPD-Fraktion anschließt:

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, auch an der Regionalschule

Erich Weinert eine 0,75 VbE Stelle für Sozialarbeit ab Schuljahr 2006/07 einzurichten. Die Finanzierung erfolgt über eine außerplanmäßige Ausgabe i.H.v. 12.500 € für das Haushaltsjahr 2006.“

Der Antrag in seiner geänderten Fassung wird angenommen. Herr Hubert stellt den Antrag, bei der Begründung den letzten Absatz zu streichen. („Die letzten Klassen der Krebsförderer Schule... Schüler sind schon da.“)

Im Namen der CDU- Fraktion erklärt Herr Nolte, dass sie sich mit dem ersten Satz des Änderungsantrages einverstanden erklären, aber den Satz zur Finanzierung ausschließen möchten.

Beschluss:

Der CDU-Antrag wird abgelehnt. Der Änderungsantrag der PDS- und der SPD-Fraktion wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zum Antrag in seiner bisherigen Formulierung:

Ja-Stimmen: 3

Nein-Stimmen: 10

Enthaltung: 0

Abstimmung über eine Änderung des Antrages:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 1

Enthaltung: 2

Abstimmung über die formulierte Änderung:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 3

An den Abstimmungen nahm Herr Thiemann nicht teil.

zu 8

Sonstiges

Bemerkungen:

Anträge zu kurzfristigen Projekten können durch Frau Seifert bis zu 1.000 € im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung und vertraglicher Verpflichtungen genehmigt werden.

Unter Mitteilungen der Verwaltung wird am 05.07.2006 über die Umsetzung des Strategiepapiers berichtet werden.

Zur Vorlage der SPD-Fraktion (Finanzmittel 7.000 € für Projekte gegen rechte Gewalt) stehen die Mittel ebenfalls unter vorläufiger Haushaltsführung. Einen Bericht gibt es ebenfalls zur nächsten Sitzung.

Herr Littwin verteilt Einladungen zur Fachtagung der Kompetenzagentur.

Auf die Frage von Herrn Meslien, ob es zum 30.06.2006 eine Kita-Schließung geben wird, antwortet Frau Seifert mit Nein. Die Inanspruchnahme steigt enorm, derzeit werden weitere Einrichtungen hinsichtlich der Auslastung geprüft.

Die Sitzung endet um 19.45 Uhr.

gez. Silke Gajek

Vorsitzende/r

gez. Sibylle Beck

Protokollführer